

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf., Durch Ausleger 3.20 Pf., wöchentlich 2.00 Pf., per Monat 6.00 Pf., per Quartal 18.00 Pf., per halbes Jahr 32.00 Pf., per Jahr 60.00 Pf. (Postkontos Nr. 21050). — Fernverkehr-Kontos: King Nr. 8887.

Freitag, 24. Februar 1922

Anzeigenpreise: Die 9spaltige Mittelzeile oder deren Raum 1.50 Pf., auswärts 1.60 Pf. Stellen- und Wohnungsangebote Familienangehörigen, Bewirbungs- und Besammlungsanzeigen 0.50 Pf. Kellame: Die Mittelzeile, 8spaltig oder deren Raum im Zeit 1.50 Pf.

Die sozialdemokratische Pressekampagne gegen die Arbeiterregierung.

P. M. Es ist geradezu belustigend, zu beobachten, wie die sozialdemokratischen Redakteure im Schweiße ihres Angesichts sich abmühen, den Beweis zu liefern, daß eine Arbeiterregierung in keinem Falle heute möglich sei. Es hat fast den Anschein, als ob den SPD-Deuten sehr viel daran liegt, alles mögliche und unmögliche Material gegen die Arbeiterregierung zusammen zu tragen, nur um ja nicht einen Schritt vorwärts zur Machtergreifung durch das Proletariat gehen zu müssen. Alles was nur irgendwie gegen diesen Schritt sprechen kann, wird getreulich rekrutiert, alles was für eine Bewegung im Sinne der Arbeiterregierung ausgewertet werden könnte, wird geflissentlich verächtlich.

Zu keiner Zeit hat die SPD-Presse sich mit solcher Energie für irgend eine revolutionäre Forderung eingesetzt, als sie es jetzt tut gegen einen bewußt geführten Kampf um eine Arbeiterregierung.

Und nie kam der rein negative, stets bremsende und rückwärtsgerende Charakter der SPD. so zum Ausdruck, wie gerade in diesem Augenblick, wo das Streben in den Massen nach einer positiv gerichteten Arbeiterpolitik, d. h. letzten Endes nach einer aktionsfähigen proletarischen Einheitsfront ohne Zweifel im Wachsen begriffen ist.

Die Partei lebt heute so von der Hand in den Mund wie die SPD. Ihre positive Seite liegt heute allein noch darin, immer wieder — was sehr geschickt gemacht wird — neue Entschuldigungen zu finden für viele offensichtliche, arbeitereindliche Unternehmungen ihrer führenden Persönlichkeiten.

Das kann wohl für eine gewisse Zeit gehen. Aber auf die Dauer wirken alle diese geschickten mit den infamsten Beschuldigungen gegen die Kommunisten vermischten Manöver nicht mehr. Dazu wird der Vormarsch der Bourgeoisie gerade auf Grund dieser völlig unfruchtbaren Politik der ewigen Rechtsfertigungsversuche selbst dem letzten Arbeiter der SPD immer klarer.

Man nehme nur die „Volksmacht“ in die Hand und lese die ohnehin schon stark aufreizenden und zurecht gestuften Berichte über die Mitgliederveranstaltungen der SPD. Immer häufiger dringen hier die Proteststimmen gegen die schmähliche Haltung der Ebert, Richter, Lübbing usw. im Eisenbahnerstreik durch, immer deutlicher schwillt die Empörung an über das Steuerkompromiß, die Stimmespolitik, das ununterbrochene Zurückweichen vor dem Ansturm der gemeinen Stimmesfront des Bürgertums.

Wie lange noch werden sich die SPD-Arbeiter verrecken lassen mit der bloßen Begründung, letzten Endes seien die Kommunisten an allem schuld, weil sie zu flüchtig am „formalen Klassenkampfgedanken“ festhalten. Wie lange wird es der geschickten Regie der offiziellen Parteinstanzen der SPD. noch gelingen, selbst für den schamlosesten Unfall — wie z. B. in Sachen der 10 Forderungen des ADGB. eine einigermaßen zugkräftige Entschuldigung zu finden? Wie lange wird der organisatorische Rahmen der SPD. noch in der Lage sein, den Massenruck nach vorwärts auszuhalten und aufzuhalten?

Das alles sind Fragen, die nicht einmal so sehr die Kommunisten als vielmehr wirklich ernste und denkende Führer der SPD. beschäftigen. Und eben diese ewige Sucht, für alles was jedes sofort eine Rechtfertigung zu finden, wo selbst die Fehler schon mit der Hand zu greifen sind, diese Methode, die die SPD. heute nur noch in der Desaffäre zeigt, sie unfähig macht, einen kühnen Angriff zu unternehmen, ist der beste Beweis hierfür.

Da aber eine politische Partei, und erst recht eine, die sich proletarisch nennt, d. h. geschichtlich dazu berufen ist die vorwärtstreibenden revolutionären Faktoren zu sein, nicht leben kann von der bloßen Verteidigung ihrer falschen Politik auf die SPD., was die politische Linie anbetrifft, im reaktionären Kleinbürgertum verfaulen und, was die proletarischen Ziele anbetrifft, die Initiative mehr und mehr an eine wirklich revolutionäre Partei, an die KPD. abgeben.

Wir befinden uns mitten in diesem gewaltigen Umstülpungsprozeß. Jede Demaskierung der SPD-Führer (Ebert, Richter, Lübbing) als besoffene Roboter der Bourgeoisie beschleunigt diesen Prozeß. Und wenn es leider noch noch Elemente gibt, die nicht nach links sondern nach rechts abgedrückt werden, so fällt die volle Verantwortung dafür nicht auf die SPD., die mit ihrer Stimmespolitik Tausende von Arbeitern lospreisen machen muß.

Daß dieser Prozeß, der innerlich dazu angetan ist, die letzten Fronten der Revolution und der Arbeiterrevolution schrittweise herauszuwerfen, ganz bestimmt von der SPD.

„Es gibt keine Klassenjustiz!“

Die Entwaffnungskomödie bei den feudalen Herren von Röhne.

Im Preussischen Landtage sind mehrere Anfragen der Linksparteien über die Raubritterfamilie v. Röhne eingebracht worden; es wird gefragt, ob das Staatsministerium der Familie sämtliche Schußwaffen und Waffenscheine entziehen und den Eltern das Erziehungsrecht nehmen will, da diese Adelsprählinge systematisch zu Gewalttaten erzogen werden. Die Unabhängigen verlangen Aufklärung, warum die Entwaffnung der Familie noch nicht durchgeführt worden wäre. Die Antwort ist im Grunde sehr einfach. Wenn es sich um Arbeiter handelt, wird mit aller Schärfe unter Anwendung der Entwaffnungsverordnungen vorgegangen. Wenn es sich dagegen um blaublättrige Mörder und Gegenrevolutionäre handelt, dann können sie bis an die Zähne bewaffnet bleiben, wie es ja auch die Röhne's auf ihrem Herrenhof am Potsdamer Schloß sowie mit ihren militärischen Vasallen bis zum letzten Schloßwart sind. Eine jämmerliche Rolle spielt dabei der Regierungspräsident Schleusener, der schon früher — als Oberbürgermeister von Brandenburg — seiner Neigung nach rechtst allzu geschmeidig nachgab und von Anfang an der Republik mißtrauisch gegenüberstand. (Was ihn freilich nicht hinderte, mit Hilfe der Rechtssozialisten schließlich die Treppe hinaufzufallen und seiner Karriere zu dienen!) Während man seinerzeit auf eine Demunziation hin bei dem Pazifisten Paasche ein ganzes Truppenkontingent aufbot, den ganzen Gutsbezirk umstellte und bei Unbewaffneten heimtlich niederschloß, begnügt sich der Potsdamer Regierungspräsident mit einem bescheidenen Versuch der Feststellung des Röhne'schen Waffenarsenals bei dem gleichgearteten Gutsinspektor der Familie von Röhne, dem Hauptmann von Hellwig. In demselben Sinne wird die Voruntersuchung wegen Totschlags äußerst schleppend geführt und der Verhaftungsbefehl von den zuständigen Gerichtsbehörden einfach ignoriert. Man wird von diesen Behörden und dieser Regierung keine durchgreifende Milderung zum Schutze und zum Wohle des Volkes erwarten dürfen. Hier hilft nur der proletarische Selbstschutz.

Auflösungsschwindel J. v. B.

Auf dem Papier ist die „Auflösung“ der Mörderhunderttschaft J. v. B., die bekanntlich außer unzähligen Mißhandlungen an Verhafteten des Nordes an dem Wazimeister Buchholz beschuldigt wird, verhängt worden. Aber die Hundertschaft besteht ganz munter weiter als Abteilung B., die jetzt als besondere politische Polizeiformation bestimmt ist, die Spitzel- und Mördertradition des Hauptmanns Stennes fortzusetzen. An dem Grundstock der weißen Mordergarden darf nicht gerüttelt werden, und die ganze Komödie der Auflösung bestand darin, daß die mißliebigen und zweifelhaften Elemente auf andere Hundertschaften im Reich verteilt wurden. Ueber Organisation und Aufgabe der Abteilung B kann sich Minister Severing von den jetzt kommandierenden Stennesfreunden, Major Hattendorf und Oberleutnant Mallwitz, bestens informieren lassen. Hüter der Republik!

Kommunisten sind vogelfrei.

In Bayern wütet die weiße Justiz weiter. Dieser Tage wurden in München zwei Genossen und eine Genossin von der politischen Polizei verhaftet. Genosse Tittel, der sich unter den Verhafteten befindet, war von Stuttgart zu einer Vorprüfung über Organisationsfragen nach München bestellt. Man hat ihn nun mit der Begründung festgenommen, es läge noch eine „alte Saufe“ wegen ihm vor. Die Genossin ist in Haft genommen, weil sie sich angeblich unangemeldet in München aufhalte. Der Dritte, Genosse Lohar, ist anscheinend gesellschaftshafter mitgenommen worden, denn es konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, was ihm zur Last gelegt wird. Vermutlich wollte die böhmische Polizei wieder einen glänzenden kommunistischen Staatsreißer verhindern.

Presse empfunden wird, dafür erbringt die „Volksmacht“ den Beweis. Sie sagt, um darzutun, der Zeitgeist für eine Reichstagsauflösung und für Neuwahlen sei nicht günstig. Der Eisenbahnerstreik hat die schwankenden Elemente eher nach rechts getrieben als nach links, wie ja auch schon der verlorene Gemeindeführer bewirkte, daß selbst im roten Berlin die sozialistische Mehrheit verloren ging. Selbstverständlich ist diese Formulierung sehr ungenau,

Die spanischen Revolutionäre doch ausgeliefert.

Belanntlich hat besonders die Berliner Klassenbewußte Arbeiterschaft ihrem Willen in zahlreichen Massenkundgebungen Ausdruck gegeben gegen die Auslieferung der spanischen Revolutionäre, die den reaktionären spanischen Ministerpräsidenten Dato angeblich ermordet haben sollen.

Nunmehr kommt die Meldung, daß die Ebert-Republik heimlich die spanischen Revolutionäre ausgeliefert hat. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge sind die „ausgelieferten“ Spanier bereits am Montag, von deutschen Kriminalbeamten begleitet, in Saarbrücken eingetroffen, von wo sie über Frankreich nach Spanien gebracht werden.

Das steht der freiesten Republik der Welt ähnlich! Während es z. B. nicht gestattet, die Mörder Eberts, trotzdem man ihren Aufenthaltsort und ihre Schutlinge kennt, zu fassen und dem Gericht zu übergeben, während der internationale weiße Schrecken also triumphiert über all das demokratische Phrasenredere in der Ebert-Republik, haben die Mörder und Severing nichts eiligeres zu tun, als liebevoll vor der weihen Justiz in Spanien durch Auslieferung der spanischen Revolutionäre zu kriechen.

Was sagen die SPD-Arbeiter zu dieser Schande der deutschen Republik?

Sind sie nicht auch der Ansicht, daß, wenn man nur die Hälfte der Energie, die gegen Revolutionäre anwandert, auf die Ergreifung der Mörder Eberts, Jonisches, Garels, Paasche, Erzberger angewandt würde, heute auf der deutschen Republik der Schandfleck nicht ruhen würde, nicht einen einzigen Mörder dieser Führer der Arbeiterklasse der Strafe übergeben zu haben!

In der Ebert-Republik gibt's auch noch eine „Aufreizung zum Klassenhaß“.

Vor der Limburger Straßammer wurde der Kommunist Gustav Wolff wegen einer in einer öffentlichen Versammlung gehaltenen Rede, die in der Forderung einer Arbeiterregierung nach einer neuen revolutionären Bewegung und des Anschlusses an Sowjet-Rußland gipfelte, auf Grund des § 130 St. G. B. (Aufreizung zum Klassenhaß) zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Wucherer und Schieber, die durch ihr schamloses Treiben tausendfach zum „Klassenhaß“ aufreizen, erfreuen sich in der deutschen Republik der besten Gesundheit und der vollsten Freiheit.

Die Reflexexplosion auf der Johanna-Grube.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ melden aus Deuthen:

Das Reflexexplosionsunglück auf dem Johanna-Schacht, durch das vor einigen Tagen 52 Bergleute verbrüht wurden, hat mehr Opfer gefordert, als zuerst angenommen wurde. Bei zahlreichen Verletzten war eine Lebensrettung nicht möglich. Während am ersten Tage der Zustand einiger Opfer zufriedenstellend war, zeigten sich am nächsten und an den folgenden Tagen schlimme Rückschläge, die zum Tode führten. Beim Abblättern der Haut stellten sich Eweisvergiftungen ein, die eine Heilung unmöglich machten. Von den 52 Verbrühten wurden 45 nach dem Anspickstanzarett Kuda-Hammer gebracht, 7 fanden im Knappschäftstanzarett Deuthen Aufnahme. Von den nach Kuda-Hammer Gebrachten sind bis heute 20 verstorben, 10 weitere schweben in Lebensgefahr, und es dürfte der Kunst der Ärzte kaum gelingen, sie am Leben zu erhalten. Herzerkrankende Symen spielen sich alltäglich an den Betten der mit dem Tode Ringenden ab. Von den sieben nach Deuthen Gebrachten sind bisher zwei gestorben. Der letzte Todesfall trat in der gestrigen Nacht ein. Es besteht aber Aussicht, die Lebensgefahr bei den übrigen zu beseitigen. Ueber die Vererdigung sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt. Mit den gleich am Explosionsstage Gestorbenen hat sich die Zahl der toten Bergleute auf 23 erhöht.

denn der Eisenbahnerstreik war nur die Basis, auf der sich die Ebert-Verordnung, der Richterliche Streiklassenverbot und alle die anderen arbeitereindlichen Maßnahmen von Sozialdemokraten gegen die Streikenden aufbauten. Und diese Maßnahmen von „Rebellerführern“ waren es, die diese Proteste an eine wahre Arbeiterpolitik verwickeln und nach rechts abfallen ließ.

Mit anderen Worten: Die SPD. ist es, die durch ihr

Politik des unaufrichtigen Nachgebens gegenüber der Arbeiter-Reaktion ganz systematisch die Widersprüche einer Sammlung... Veranlassung der bisher Indifferenten zu positiven proletarischen Zielen verbindet. Und genau so, wie es eine Heuchelei ist, hinterher sich über das Nichtvorhandensein einer Mehrheit für die proletarische Politik des Klassenkampfes zu beklagen, genau so ist es eine Unethik, die Kompromiß- und Vertuschungspolitik als das zu bezeichnen, was im Augenblick der Arbeiterklasse am meisten nützt.

Es gibt heute kein größeres Verbrechen am Proletariat als das, welches darin besteht, völlig unüberbrückbare Klassengrenzen immer wieder und wieder überbrücken zu wollen. Jeder dieser Versuche — siehe Steuerkompromiß! — muß bei der heutigen Zustimmung der Gegenüber ausfallen zu Ungunsten der Arbeiterklasse. Und immer und immer wieder bleibt unter diesen Umständen die Notwendigkeit der Lösung der Krise im proletarischen und revolutionären Sinne bestehen.

Das erkennt selbst ein solch gewiegter Konjunkturpolitiker wie Scheidemann. Er vertritt in einem Artikel mit der bezeichnenden Überschrift „Ohne Arbeit“ die Ansicht, daß eine Reichstagsauflösung über kurz oder lang doch kommen müsse an Hand der gesamten Steuerpolitik, für die weder in dem noch in dem Sinne eine klare Mehrheit trotz des Vertrauensvotums für Wirth vorhanden sein wird.

Man liest es zwischen den Zeilen: Wenn die SPD heute noch nicht für die Reichstagsauflösung ist, so deswegen, weil sie sich durch ihr unerhörtes Verhalten im Eisenbahnerstreik einen gar zu schlechten Wahlrenommentypus geschaffen hat. Sie will erst in dem Moment loslegen, wo sie sich künstlich wieder zugängliches Wahlmaterial beschafft.

Wir Kommunisten brauchen uns nicht auf eine solche politische Schiebertaktik zu stützen, weil wir in der Arbeiterbewegung mehr sehen als ein bloßes parlamentarisches Rechenexempel. Neben der Ausübung des Parlaments zu Zwecken einer revolutionären Arbeiterpolitik, fügen wir uns vor allem auf eine proletarische Massenbewegung, an deren Entwicklung aus den Betrieben und aus den Gewerkschaften heraus wir unermüdet arbeiten werden.

Und fördert auch nicht der Popanz einer Rechtsregierung, da wir wissen, daß eine solche sich nicht einen Tag halten würde, wenn die Millionenmasse der Gewerkschaften — siehe Kapp-Putsch! — es nicht will.

Berücksichtigt man das unparlamentarische Gebiet der Kompromisse, ist allerdings alles antik; hineingestellt in das Feuer der Massenbewegung auf der Basis des Klassenkampfes, löst sich das Problem der Arbeiterregierung sofort in eine ganz prägnante proletarische Taktik auf.

Dieser Taktik zum Siege zu verhelfen, das ist die Aufgabe der Kommunisten.

Politische Uebersicht.

England und Frankreich einzig in Genua.

Die Kosten trägt Deutschlands Proletariat.

Die Drohung Frankreichs, mit Sowjet-Rußland in selbständige Verhandlungen einzutreten, hat Lloyd George zum Rückzuge veranlaßt! Die Franzosen fragen bei den Engländern an, ob sie bereit sind, in Genua die Friedensverträge und das Reparationsproblem nicht in die Erörterung zu ziehen. Ferner wünscht Frankreich zu wissen, ob England dieselben Bedingungen für die Zulassung Sowjet-Rußlands in Genua stellt, wie Frankreich.

Es soll also verhindert werden eine Revision des Versailler Vertrages und eine Verminderung der Reparationslasten.

Wenn England die französischen Forderungen annimmt — und die französischen Marscher in der russischen Frage werden England dazu veranlassen —, dann wird wieder einmal Deutschland das Ausgelenksobjekt der Entente-Imperialisten sein.

Das deutsche Proletariat wird wieder einmal die ersten Reparationsleistungen zu bezahlen haben als Frucht der Erfüllungspolitik der Reich-Katholiken-Stimmen.

Nur wenn das deutsche Proletariat befehlen die jetzige Regierung, aufrichtet eine Arbeiterregierung, die Reparationslasten abwirft auf die Besitzenden und noch eisen eine enge Verbindung mit Sowjet-Rußland einget, wird es sich bewahren vor Rot und Untergang und alle Pläne des Lloyd George, Briand und Simons zunichte machen.

Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahn.

In der kommenden Woche werden die durch den Eisenbahnerstreik unterbrochenen Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz im Reichsverkehrsministerium mit den Spitzenorganisationen der Eisenbahner und der Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen sollten ursprünglich am heutigen Mittwoch wieder beginnen, konnten aber aus technischen Gründen verschoben werden. Inzwischen haben die einzelnen Verbände nach Aufstellungen zu dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, der bekanntlich nicht zu einer Einigung zwischen dem Ministerium und den Eisenbahnervertretern geführt hatte, Stellung genommen und eine Reihe von Abänderungsvorschlägen fertig gestellt, die eine langwierige Verhandlung nötig machen werden. Es war ursprünglich beabsichtigt, in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Verbände und der Arbeiterorganisationen sich über die Abänderungsvorschläge zu verständigen, doch dürfte auch der durch den Streik der Reichsgewerkschaft geschaffenen Situation eine Verständigung kaum aussehbar sein.

Die Form dieser Notiz und die Tatsache, daß die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium stattfinden, läßt erkennen, daß die Verhandlungen, die während des Streiks getroffen sind, für die Regierung nicht mehr bestehen. Es wurde damals beschlossen, daß das Eisenbahnerarbeitszeitgesetz zurückgezogen wird, bis ein

allgemeines Arbeitszeitgesetz für alle auch die Arbeitszeit der Arbeiter und Beamten bei der Eisenbahn regelt.

Sodann muß verlangt werden, daß die Verhandlungen nicht im stillen Kämmerlein des Herrn Groener, sondern in breiter Öffentlichkeit geführt werden. Das Proletariat muß rechtzeitig erkennen, welche Gefahren ihr durch derartige Gesetze drohen.

Genosse Nadel im Spiegel der Bürgerlichen.

Georg Bernhardt, der Chefredakteur der „Börsigen Zeitung“, beschäftigt sich in einem Artikel mit den Verhandlungen Nabels in Berlin und entwirft dabei ein Charakterbild Nabels. Es ist äußerst interessant, welchen Eindruck die Persönlichkeit Nabels auf die führenden bürgerlichen Politiker Deutschlands gemacht hat. Wir geben deshalb die betreffende Stelle aus Bernhards Artikel hier wieder. Er schreibt u. a.:

„Karl Nadel, der im Auftrag der Sowjetregierung mehrere Wochen in Berlin mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und der deutschen Industrie verhandelt hat, sowie Krasin, der von ebensolchen Verhandlungen aus London kam, haben vorgeführt, wie die deutsche Hauptstadt verlassen und nach Moskau zurückgekehrt.“

Es ist sehr schwer, der deutschen Öffentlichkeit ein zutreffendes Bild von diesen Dingen zu entwerfen. Denn man kennt wohl sehr genau die Gespräche, die Nadel hier mit dem neuen Außenminister, mit den zuständigen Beamten des Auswärtigen Amtes und mit einer großen Reihe von politischen und industriellen Persönlichkeiten geführt hat. Aber gerade für die sogenannten „Eingeweihten“ ist es besonders schwierig, aus der Summe und dem Inhalt dieser Gespräche Schlüsse darauf zu ziehen, was eigentlich die wirklichen Absichten Nabels waren. Noch schwieriger aber scheint es, klare Vorstellungen von dem ideologischen Hintergrund zu geben, vor dem die Besprechungen in Paris, Berlin und London sich abspielten.

Diese Schwierigkeiten liegen nicht zum wenigsten in der eigentümlichen Persönlichkeit Nabels. Dieser in Rußland geborene Revolutionär verbindet mit einer umfassenden Bildung und einer ganz ungewöhnlichen, blühenden und messerscharfen Dialektik eine beständige Kunst, unterhaltend zu plaudern. Gaben, die ihm bewundernden Einfluß durch Rede und Schrift auf die Massen sichern, wie sie selbst starke gegnerische Persönlichkeiten in seinen Bann zwingen, die mit ihm zusammenkommen.

Lang vor der Revolution hat Nadel als radikaler Redakteur der sozialdemokratischen „Bremser Bürgerzeitung“ diesen Zauber auf die Massen ausgeübt. Und in den Sterbemonaten des kaiserlichen Deutschland hat er nicht bloß diejenigen industriellen Persönlichkeiten charmirt, die damals auf eine schnelle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland drängten, sondern auch großen Eindruck auf den Staatssekretär Helfferich gemacht, der mit ihm viel konferierte, bevor er die Nachfolge des ermordeten Grafen Wittham in Moskau eintrat.

Obwohl Nadel, der Deutsch besser spricht als Rußisch, viel und gern redet, und obwohl er scheinbar in seinen Unterhaltungen sich völlig zwanglos und aufichtig gibt, schildert demjenigen, der sich mehrmals mit ihm unterhält, keine Persönlichkeit an jedem neuen Tag in immer anderen Farben. Es ist überaus schwierig, durch diese ganz verschiedenartigen Fassetten, den Grund seines Wesens und schwieriger noch, den Zweck seines Wirkens klar zu erkennen. Dazu kommt, daß Nadel, der neben Lord Northcliffe vielleicht der begabteste lebende Propagandist ist, alle Schattungen des deutschen Lebens und alle Argungen der deutschen Gefühlswelt genau kennt und besonders eine umfassende Kenntnis der allerersten Persönlichkeiten Deutschlands besitzt. Das unterstützt seine Kunst, sich auf jede Schicht und jede Person besonders einzustellen. So, daß letzten Endes jeder, der mit ihm verhandelt, sich das Ergebnis herausliest, das er zu haben wünscht.“

In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, wie die kleine „Volkswacht“ in einer Zuschrift eines ansehnlich kommunistischen Redaktors in der dümmsten und homiesteren Weise über Karl Nadel lacht. Heute ist auch die „Volkswacht“ des Volkes voll über Nadel (siehe die Artikel des „Vollständigen Mitarbeiter“).

Wenn die „Volkswacht“ und die Sozialdemokraten so oft die negative Tätigkeit der Volkswachen feststellen glauben, wird sie sich ob der positiven Leistungen der Massen bald umsehen.

Die Braunschweiger sozialistische Regierung bleibt.

In der Braunschweiger Landbesetzungsversammlung wurden mittels Stimmzettel gewählt: die Minister Kautz (Rechtssozialist), Gratzwohl (Unabhängiger), Steinbrücker (Rechtssozialist) und Beyer (Unabhängiger) mit je 28 Stimmen und August Junke (Unabhängiger) mit 27 Stimmen.

Schleifische Hundschau.

Die Antischiffen rücken.

Der älteste Sohn Wilhelm des Reichers, der ehemalige Kronprinz, ist einer von den Reuten, die oft und gern von sich reden machen. Wäre er nicht der Sohn eines Vaters, würde kein Mensch von ihm Notiz nehmen, denn er hat weder übertragene Charaktere noch Geistesgegenwart. Nur ein muß man ihm lassen, er ist ein ganz gewöhnlicher, ausgeglichener Mensch. Bekanntlich betrug ihn die Romanoffen als denjenigen, der einmal der Dynastie der Hohenzollern zu neuem Glanz verhelfen und das alte deutsche Volk von neuem mit der Romanoffen beglücken sollte. Aus diesem Anlaß ist man eifrig bemüht, die Person des gedachten, zukünftigen Dynastieerben recht populär zu machen. Und demselben Zwecke wird auch mit geschraubter feiner Heberziehung von Schulbuch nach Deutschland betrieben.

Als der Kronprinz, der zwischen Intrigen und Schlingenspielen großgezogen Sohn eines großmütigen Vaters, hat die Situation erkannt. Er entsagte sich schnell als ein höherer Mensch und überließ an Professor Horn, seinem früheren Lehrer, einen Brief, in dem er die republikanische Staatsform als die allein richtige bezeichnete. Dann hat er sich nicht getraut, sich mit irgend einem Mitglied der SPD zu vertragen, denn dort haben solche solche Demagogen (siehe Koss) weltgewandte Heberziehung und Förderung.

Doch nicht genug mit dem Bekanntheit der Demokratie. In Schottland hat er jetzt seine Erinnerungen heraus, die ebenfalls eine Enttarnung sein sollen. Und hier wird eine verneinende Kritik geübt am monarchistischen, absolutistischen System und die Forderung einer demokratischen Staatsform. Dieser Angriff muß man jedoch nicht, so daß die Erinnerung an die Heberziehung im republikanischen Sinne nicht nur ein Schlag ins Gesicht und auf die in allerhöchster Weise betrübliche Erinnerung an den Kaiser in Schottland, dem die SPD bei der Heberziehung der Demokratie, sondern auch ein Schlag ins Gesicht der SPD ist, denn dort haben solche solche Demagogen (siehe Koss) weltgewandte Heberziehung und Förderung.

haben, mit im Fall eines Falles in jeder Hinsicht gerüstet zu sein.

Und die Arbeiterklasse? Sie wird ihnen die Köpfe einschlagen, wenn sie eine Neuauflage des Kapp-Putsches veranstalten.

Was kann Deutschland leisten?

Ein Genosse schreibt uns: Vor längerer Zeit ist der Meinal Golding, einem Stinnes-Berlag, ein kleines Buch erschienen, in dem die Regierung nachzuweisen sucht, daß wir die Ansprüche der Entente nicht erfüllen können. Und wenn wir diese Reparationsforderungen der Entente erfüllen müssen, so wird dies nur durch enorme direkte und indirekte Steuern, durch eine Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung, und durch eine sich von Tag zu Tag verschlechternde Lebenslage des Proletariats geschehen, denn von seiten der Kapitalistenklasse sind wir ja schon mehr als einmal überzeugt worden, daß sie es meisterhaft verstehen, allem was ihrem dreimal heiligen Geldsack einen empfindlichen Riß verursachen könnte, aus dem Wege zu gehen. Also dürfte es mit der Zeit auch dem indifferentesten Arbeiter zum Bewußtsein kommen, daß die Erfüllung der Reparationskosten eine Lebensfrage für die deutsche Arbeiterschaft ist. Wir können diese Forderungen nicht erfüllen, wenn nicht zur Bezahlung dieser Schulden auch das Kapital und sogar in schärfer Weise mit herangezogen wird. Daß dies bis jetzt nicht der Fall war, beweist uns der Abschluß des letzten Steuerjahres, wonach einwandfrei feststeht, daß fast 80% der Steuern durch den 10%igen Steuerabzug aufgebracht worden sind. Also daß wir die Verpflichtungen unter diesen Umständen nicht erfüllen können, ist wohl zweifellos richtig. Wichtig ist aber auch, daß gerade diejenigen, die unsere Zahlungsunfähigkeit in alle Welt hinausjammern, ein nicht mehr zu überbietendes Schlemmerleben führen. Allem Anschein nach ist ihr Schmerz über die Zahlungsunfähigkeit so groß, daß sie unbedingt Betäubung brauchen. Und ihr Betäubungsbedürfnis ist so groß, daß die deutsche Schaumweinindustrie garnicht mehr in der Lage ist, den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Diese Konstatierung ist ebenfalls in jenem Stinnes-Büchlein zu finden. Damit hat man treffend das deutsche Elend charakterisiert: „Schlemmerleben oben, Hunger unten.“

Und dies wird amtlich bestätigt — — — E. A.

„Wohltuendste“ Versorgung der Kriegssopfer.

Man schreibt uns: Der Kriegsverletzte A. K. wurde auf Veranlassung des Versorgungsgerichtes Liegnitz der hiesigen medizinischen Klinik zur Beobachtung und Begutachtung in seinem Rentenverfahren überwiesen. Bei seiner Aufnahme empfing ihn der Stationsarzt Dr. Vorke mit den Worten: „Ich habe Ihre Akten gelesen; was wollen Sie, mit 25 Prozent sind Sie mehr als zur Genüge anerkannt, besonders, da Sie im Staatsdienst sind. Sie waren übrigens immer sehr schwächlich.“ Wenn das Verhalten des Arztes an sich schon unkorrekt ist, so liegt die Vermutung nahe, daß das Gutachten der Klinik in demselben Sinne abgegeben wurde und der Kriegsschädigte befürchtet mit Recht einen ungünstigen Ausgang seines Prozesses.

Ein vollständig geisteskranker ehemaliger Heeresangehöriger wird mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Der Scheid des Versorgungsamtes Münsterberg lautet u. a., es sei erwiesen, daß der Antragsteller schon in seiner Kindheit Spuren von Geisteskrankheit gezeigt hat, denn nach Aussage seines Vaters hätte er als Kind Grimassen geschnitten. Schnell ist der Staat bereit mit seiner Abweisung daraufhin. Demnach verwendete Herr Ludendorff die letzte Kriegszeit schon „schwächliche“ Krieger, sowie „Grimassenschnneider“ und „Geisteskranken“ und wollte den Krieg gewinnen.

Das sind zwei charakteristische Fälle, aus denen mit aller Deutlichkeit hervorgeht, wie die angekündigte „wohltuendste“ Versorgung der Kriegssopfer und Hinterbliebenen gehandhabt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Kommunistischer Erfolg im Gewerkschaftskartell Langenbielau.

Am letzten Sonntag fand in Langenbielau die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells statt. Dabei wurden in den neuen Vorstand drei Kommunisten, zwei Sozialdemokraten, ein Unabhängiger und ein Parteiloser gewählt. Bisher waren im Vorstand die Kommunisten nicht vertreten.

Der Kartellvorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen:

1. Vors. Müller (SPD), 2. Vors. Simon (USP), 1. Schriftf. Mehlis (SPD), 2. Schriftf. Rindorf (SPD), Kassieren: Anlauf (SPD), Scholz (SPD), Hütter (parteilos).

Der Erfolg unserer Genossen in Langenbielau, der die Krönung für die Vorarbeit in den verschiedenen Verbänden darstellt, muß ein neuer Anstoß zu weiterer zielbewusster Arbeit sein.

Schiedsgericht im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik.

In Sachen des Mansfelder Bergarbeiterstreiks wurde heute Nacht in den vom Reichsarbeitsminister in dem Oberbergamt Halle anwesenden Verhandlungen folgender Schiedsspruch gefällt: Allen Arbeitern über 21 Jahre wird eine Gehaltserhöhung von 11 Mark pro Schicht zugesichert. Die Arbeiter unter 21 Jahre werden anteilig gestaffelt wie bisher im Lohn entlohnt.

Der Schiedsspruch geht ferner dahin, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll. Beide Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis zum 24. Februar zu erklären. Die Organisationsfrage wurde nicht verhandelt.

Da im Schiedsspruch vorgesehene Gehaltserhöhungen sich als nicht annehmbar, es ist kaum anzunehmen, daß die Bergleute, deren Kampf sehr gut fort, unter diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Groenere'sche Methoden im DGB.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband vor der Spaltung.

Der Hauptvorstand des DGB. steht bekanntlich auch auf dem Standpunkt, daß den Beamten das Streikrecht nicht zustehe, obwohl in den Statuten des DGB. für die bei ihm organisierten Beamten keine Sonderbestimmungen bestehen.

Dieses, allen gewerkschaftlichen Geffto erhehlen Hohn sprechende Verhalten des Hauptvorstandes hat die Mitgliedschaften von Berlin, Köln, Frankfurt und vielen anderen Orten nicht abgehalten, den Beamten aktiv in ihrem gerechten Kampfe beizustehen.

Von Vertretern aller drei Parteien wurde das brutale Vorgehen der Schöffel und Konsorten gebremst und festgestellt, daß, wenn jetzt der Verband gesprengt wird, etwazig die Führer mit ihrer Taktik der bedingungslosen Unterstützung der Koalitionspolitik schuld seien.

Das Vorgehen des Hauptvorstandes findet SPD., USF. und Klassenbewußte SPD.-Arbeiter in einer geschlossenen Kampffront, die bereit ist, die Arbeitsgemeinschaftspolitik zu brechen und nach Veseitigung der verärgerten Führer den einheitlichen, geschlossenen Kampf gegen das Kapital verschärft zu führen.

Am Dienstag fand die Fortsetzung der verlagten Generalversammlung des DGB. Ortsgruppe Berlin, statt. Bevollmächtigter Schulz (USF.) gab bekannt, daß Dinge von weittragender Bedeutung vorgekommen seien.

Bezirksleiter Knebel (USF.) führte folgendes aus: Die Worte, die ich heute spreche, sind ernst, es geht um die elementarsten Rechte der modernen Arbeiterbewegung.

Die Worte, die ich heute spreche, sind ernst, es geht um die elementarsten Rechte der modernen Arbeiterbewegung. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde die Bezirksleitung und die Ortsverwaltung Groß-Berlin zu dem Hauptvorstand gerufen.

Wilhelm Linke (SPD.) aus dem Verband ausgeschlossen habe. (Stimmliche Pfu-Pufe). Die unbesoldeten Mitglieder erklären, daß sie wie die gesamte Mitgliedschaft die Handlungsweise der besoldeten Mitglieder bedauern.

Die Willkürhaftigkeit als ungerecht zu erklären und eine neue Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Dann werden wir aber alle auf Herz und Nieren prüfen und nur die wieder aufnehmen, die unsere Beschäfte respektieren.

Ein Antrag, als ersten Diskussionsgegenstand dem Kollegen Linke das Wort zu erteilen, wurde einstimmig angenommen. Linke gab den Grund seines Ausschlusses bekannt, der erfolgt sei, weil er in einer am 15. November in Magdeburg stattgefundenen öffentlichen Versammlung der SPD. anstelle des Genossen Scheffels über die damalige Lohnbewegung der Eisenbahner gesprochen habe.

Nach der Annahme eines Antrages sofort einen Vertreter des Hauptvorstandes das Wort zu erteilen stellte sich heraus, daß niemand von dieser Seite den Vorsitz übernehmen wollte.

Die Diskussion über den Bericht des Bezirksleiters Knebel zeigte ein Bild der Geslossenheit. Ein SPD.-Delegierter führte aus: Die Maßnahmen des Hauptvorstandes unterscheiden sich nicht von denen des Generals Groener.

Der Vertreter der USF.-Fraktion erklärte: Die Spaltung der Gewerkschaften kommt, wie wir jetzt erkannt haben, nicht von den Kommunisten, sondern von der Partei Scheffels. Es liegt System in der Haltung des Hauptvorstandes.

Obwohl wir mit der Haltung der Ortsverwaltung und des Bezirksleiters nicht einverstanden waren, stellen wir uns hinter diese. Wenn Scheffel sein Plan in Köln, Halle und anderen Orten gegliedert ist, so muß er hier scheitern.

Bezirksleiter der SPD.-Fraktion gab die Erklärung ab, daß auch sie die Maßnahmen des Hauptvorstandes als schärfste mißbilligen.

Nach (USF.): Wenn jemand das Recht hat, sich den Namen Logenführer der Arbeiterbewegung beizulegen, so ist es der Hauptvorstand des DGB.

Müller (SPD.): Die Gewaltmaßnahmen des Hauptvorstandes müssen an unserem geschlossenen Willen scheitern. Der Sympathiestreik mit den Beamten war notwendig.

Nach Annahme eines Vertagungsantrages betonte W. Schulz, daß diese Vorgänge niemanden veranlassen dürfe, die Platte ins Korn zu werfen.

Gewerkschaftsvertreter für Heberfunden.

Die Unternehmer versuchen in Magdeburg den Achtstundentag zu durchbrechen. Die Firma Krupp, Gruson-Werk K.-S. (Betegschaft von 3-4000 Mann) verlangt von den Gewerkschaften und Formern, daß sie während zwei Wochen pro Tag zwei Heber-

stunden machen sollten. Der Arbeiterrat lehnte dieses Verlangen in seiner Mehrheit ab.

Es fand nun eine neue Sitzung des Arbeiterrates statt, in welcher als Vertreter des D.M.S. der USF.-Landtagsabgeordneter Bod mit zugegen war.

Zugwischen trat die große Vertrauensmännerkonferenz zusammen und dort wurde mit acht Stimmeln-Majorität, also unter Zustimmung des größten Teiles auch der USF. und SPD.-Arbeiter diese Heberstunden abgelehnt.

Der wachsende Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Bei der Wahl zur Metallarbeiter-Ortsverwaltung Essen siegte die verbundene Liste der SPD. und USF. mit der höchsten Stimmzahl von 1489 gegen die höchste Stimmzahl der SPD. von 263.

Erfolg im Metallarbeiterverband Leipzig.

In der am 17. Februar in Leipziger Volkshaus tagenden Generalversammlung wurde nach einem Bericht Leichgräbers die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen.

Die Wahl wird ebenfalls angefochten werden, da verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Die USF. hatte alles versucht, um die Ortsverwaltung ganz zu besetzen, die Kommunisten also beiseite zu schieben.

Zur Lohnbewegung der bei Zwischenweilern der Herrenkonfektion beschäftigten Hilfskräfte und Heimarbeiterinnen.

Es wird uns vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband folgendes geschrieben:

Für die in Heilbrunn beschäftigten Hilfskräfte kann der Tarif als abgeschlossen gelten. Hier sind seitens der Großhändlermehrer Verbesserungen zugestanden worden.

Bei den Heimarbeiterinnen haben sich die Verhandlungen erschlagen. Die Hosen und Beizezwischenweilern haben ihren Arbeiterinnen derartige Verschlechterungen angeboten, welche von den Organisationen abgelehnt werden mußten.

Der Schlichtungsanspruch ist angetufen. Da beide Tarife von dem Verband der Zwischenweilern als zusammenhängend betrachtet werden, kann der Heilbrunn-Tarif für Hilfskräfte erst dann in Kraft treten, wenn auch die Löhne der Heimarbeiterinnen abgeschlossen sind.

Ein Klassenurteil auf Grund der Ebert-Verordnung.

Am Dienstag standen die Kollegen Weiß und Scholz, Mitglieder des Betriebsrates der Straßauer städtischen Betriebe, vor der 1. Strafkammer.

Bei der Verhandlung wurden noch einmal die Vorgänge des Gemeinbedarferstreiks Weihnachten 1920 aufgerollt.

Da der Magistrat alle Forderungen abgelehnt hatte, da auch der Spruch der örtlichen Schiedsstelle nichts ergab, wurde von den Vertrauensleuten der Streik beschlossen.

Den Angeklagten wird nun vorgeworfen, daß sie selbst die Notstandsarbeiten unmöglich gemacht hätten. Tatsache ist nun,

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Übersetzt von Adolf Heß.

Als das erledigt war, sprachen sie wieder über ihr Heimatdorf; er scherzte, sie aber kramte nachdenklich in ihrer Vergangenheit, und die erschien ihr sonderbar ähnlich einem Sumpfe, der gleichmäßig mit kleinen Erdhügeln besät und mit zarten, feins farbigem zitternden Espen, niedrigen Tannen und zwischen den Bügeln verstreuten, weißen Birken bestand.

Sie sind müde, Genatterin! Wollen wir uns nicht schlafen legen?" fragte Jegor Michelson.

Sie verabschiedete sich von ihm und ging in die Küche.

Am nächsten Morgen fragte Jegor sie:

Wenn man Sie nun erwischt und fragt, woher Sie all diese literarischen Schriften haben, was werden Sie dann sagen?"

"Seht euch nichts an, sage ich," erwiderte sie. "Damit sind sie sicherlich nicht einverstanden!" erwiderte Jegor.

Sie sind fest davon überzeugt, daß sie das sehr wohl angeht! ... Und sie werden Sie lange und hartnäckig befragen!"

"Ich sage es aber nicht!"

"Dann gibt es aber Gefangnis!"

"Aun, was macht das? Gott sei Dank - wenn ich dazu wenigstens noch tangel!" sagte sie scherzhaft. "Wer hat mich denn sonst nötig? Niemand ... Jollern werden sie mich doch nicht."

"Um!" sagte Jegor, sie aufmerksam anblickend. "Jollern werden sie Sie nicht ... aber wer etwas wert ist, muß sich doch in acht nehmen."

"Das lernt man sonst bei euch nicht!" erwiderte die Mutter lächelnd.

Nach kurzem Schweigen ging Jegor im Zimmer auf und ab, trat dann zu ihr und sagte:

"Ist schwer, Landmannin! Ich fühle es - Sie haben es sehr schwer!"

"Das haben alle!" erwiderte sie, mit der Hand abwehrend. "Wahrscheinlich haben nur die es etwas leichter, die alles verstehen ... Ich fange aber auch allmählich an, zu verstehen, was die Menschen wollen ..."

"Wenn Sie das verstehen, Genatterin, so heißt das, alle Menschen haben Sie nötig ... alle," sagte Jegor ernst und streng.

Mittags hepacete sie ruhig und geschäftsmäßig ihre Brust mit Schriften und tat das so geschickt und bequem, daß Jegor vergnügt mit der Junge schnalzte und erwiderte:

"Schr gut," wie ein guter Deutscher sagt, wenn er sein Dugend Maßstränge hinter die Binde gepossen hat. Sie hat die "Literatur" nicht verändert. Sie bleiben noch wie vor ein gutes, altes, breites, großes Weib. Alle guten Götter segnen Ihr Beginnen!"

Eine halbe Stunde darauf fand sie unter ihrer Bürde ruhig und sicher am Fabrikator. Zwei Wächter, die durch den Spott der Arbeiter erregt waren, befähigten alle Leute, die in den Hof traten und schimpften sich mit ihnen herum. Seitwärts stand ein Polizist und ein dünnbeiniger Mensch mit rotem Gesicht und unruhigen Augen.

Ein großer, lediger Dackel, mit in den Rücken gehobener Röhre, sprang den Wächtern, die ihn unter-

Ihr Teufel sollt doch den Kopf und nicht die Taschen untersuchen!"

Ein Wächter antwortete: "Du hast auf dem Kopf ja doch nichts anderes als Läuse."

"Ist ja euer Geschäft, Läuse und nicht meine Fische zu fangen!" rief der Arbeiter zurück.

Der Spion warf ihm einen schnellen Blick zu und spudde aus.

"Laßt mich doch wenigstens durch!" bat die Mutter. "Seht doch; jemand mit einer Laß; der Rücken bricht mir ja!"

"Vorwärts, vorwärts!" schrie der Wächter böse. "Die hat auch schon was zu sagen ..."

Die Mutter ging an ihren Stand, steckte die Löpfe auf die Erde, wischte sich den Schweiß vom Gesicht und blickte um sich.

Sofort traten die Schlosser Gebrüder Gassen auf sie zu, und der ältere, Bassili, fragte sturrunzelnd laut:

"Hast Du Puffeten?"

"Morgen bringe ich sie!" erwiderte sie.

Das war das Stichwort. Die Miemen der Brüder flüchteten sich auf. Swan konnte nicht an sich halten und rief:

"Heilige Mutter Gottes, das ist famos! ..."

Bassili hockte nieder, und während er in den Kopf blickte, verschwand gleichzeitig ein Pochen Schriften an seiner Brust.

"Swan," sagte er laut, "wir gehen nicht nach Hause, wollen bei ihr essen!" Dabei schob er einen neuen Pochen in den Stiefel. "Wir müssen die neue Gabeln unterbringen ..."

Die Mutter blickte sich vorsichtig nach allen Seiten um und rief:

"Rohhappe! Heißt Rabeln! Traten!"

(Fortsetzung folgt)

Wirtschaftliche Rundschau

Arbeitsgemeinschaft mit Sowjetrußland!

Wenn wir Kommunisten aus politischen Gründen Sowjetrußland in seinem Kampf gegen die Kapitalmächte nach außen und gegen konterrevolutionäre Bestrebungen im Innern unterstützen, und wenn wir sagen, daß es die Pflicht des gesamten internationalen Proletariats ist, aus politischen Gründen seine Organisationen für die Interessen Sowjetrußlands mobil zu machen, so liegt dazu der Grund auf der Hand: Das Proletariat hat sich in Sowjetrußland eine organisierte Staatsgewalt geschaffen. Die erste Etappe im Kampf des Proletariats gegen das Kapital war die, daß die einzelnen Arbeiter in Konkurrenz miteinander, unorganisiert, ohne Klassenbewußtsein, widerstandslos Ausbeutungsobjekte der Kapitalisten waren. Die zweite Etappe bestand darin, daß sich das Proletariat innerhalb des kapitalistischen Staates gewerkschaftlich und politisch organisierte und sich so vom Kapital sein Recht auf Existenz erlitzte. Wenn in Sowjetrußland das Proletariat selbst Herr des Staatsapparates geworden ist, so ist es Sache aller Arbeiter in allen Ländern, diese höchste Stufe mit Zähigkeit zu verteidigen.

Warum aber fordern wir Kommunisten, daß auch aus wirtschaftlichen Gründen Deutschland mit Rußland zusammenarbeiten soll? Wir fordern es nicht, wie einige Bürgerliche dies tun — wir erinnern an Professor Hoelsch in der „Kreuzzeitung“ — deswegen, weil etwas „nationales“ Interesse Deutschlands dies verlangt, sondern einfach deswegen, weil die Austauschmöglichkeiten zwischen beiden Ländern derartig groß sind, daß durch einen Handelsaustausch beider Länder die Wirtschaft Sowjetrußlands gefördert und damit die Basis seiner proletarischen Staatsgewalt gestärkt wird. Die deutsche Bourgeoisie hat dies instinktiv begriffen und sie will sich lieber an der und Italien dies wünschen, als Teilnehmer des internationalen Finanzkonsortiums, d. h. in Wirklichkeit als Agent des englischen Unternehmertums, beteiligen, als daß sie den Mut aufbringe, von sich aus mit Sowjetrußland einen Austausch großen Maßstabes in Gang zu bringen.

Was Deutschland an Rußland abzugeben hat, das weiß wohl jeder Arbeiter: Rußland, das seit 5 Jahren so gut wie gänzlich abgeschlossen ist von der übrigen Welt und keine Industrieerzeugnisse mehr importieren konnte, hungert nach so ziemlich allem, was die deutsche Ausbeutung Sowjetrußlands, wie England, Amerika Industrie produzieren kann. Der deutsche Anteil an der Einfuhr nach Rußland machte vor dem Kriege 42 Prozent aus, der französische 4,1 Prozent, der englische etwa 13 Prozent. Zur Zeit hat sich dies Bild völlig verändert. An dem eben erst beginnenden Außenhandel Rußlands ist heute England mit mehr als 30 Prozent.

Womit aber soll Rußland Gegenleistungen machen? Was waren es für Waren, die es vor dem Kriege nach Westeuropa ausführte? Wir wissen: es waren vor allem Erzeugnisse der russischen Landwirtschaft, Brotgetreide, Futtermittel, Mais, Flachs, Hanf, Spannvieh, Holz und Leder. Für Deutschland spielte diese Einfuhr eine sehr große Rolle. Der Junker und der Bauer führten ihr Vieh mit russischer Futtermittel, und von allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Deutschland in der Vorkriegszeit einfuhrte, kamen fast 30 Prozent allein aus Rußland. Sehen wir uns die deutsche Außenhandelsstatistik, soweit sie sich auf Rußland bezog, aus der Vorkriegszeit an, dann finden wir, daß alle bedeutenden Einfuhrposten aus der russischen Landwirtschaft stammten: Es sind außer den schon genannten Waren Eier, Federvieh, Kleie, Oelkuchen, Erbsen, Linsen, Saatgut und dergleichen mehr. Industrieprodukte hat Rußland in der Vorkriegszeit nicht abgeben, und das ist auch erklärlich, weil die künstlich von Wirt geschaffene russische Industrie allein für den Bedarf Rußlands auch nicht entfernt ausreichte.

Was aber Rußland — freilich nur in ganz geringen Mengen — außer den land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen noch nach Deutschland lieferte, das waren Manganerze, Eisenerze, Platinerze und Rohbenzin.

Was für Möglichkeiten bestehen heute für die Ausfuhr von Waren aus Rußland?

Soviet ist sicher, daß für das laufende Jahr und vielleicht auch für das nächste landwirtschaftliche Erzeugnisse, abgesehen von Flachs und Hanf, kaum exportiert werden können. Das hat seine Gründe: der russische Bauer läßt sich heute nicht mehr ausbeuten wie vor dem Kriege, als er unter der Knute des russischen Junkers stand. Er kann überhaupt heute sein Stück Land oftmals nicht vollständig bestellen, denn es fehlt ihm an Geräten aller Art. Die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, Pflügen, Sensen, Sicheln, die vor dem Kriege zu Hunderttausenden nach Rußland kamen, — davon weit über die Hälfte aus Deutschland — hat eben während einer Zeit von fast acht Jahren gestockt. Und schließlich hat die Dürre und die Hungersnot in den Südgouvernements großen Schaden angerichtet, und Rußland kann vorläufig auf kein Korn Getreide verzichten, solange das Saatgetreide zum kommenden Erntejahr noch nicht sichergestellt ist. Ist dies freilich alles erst einmal überwunden, sind die Folgen der Hungerkatastrophe beseitigt und hat der russische Bauer diejenigen Maschinen und Geräte, die er braucht, dann ergeben sich aus der Entwicklung der russischen Landwirtschaft ungeheure Möglichkeiten. Der Durchschnittsertrag betrug in der Vorkriegszeit nur etwa 9 Doppelzentner für Brot- und Futtergetreide und 74 Doppelzentner für Kartoffeln. Ein Blick auf die Verhältnisse in Westeuropa zeigt, was noch aus dem russischen Acker herauszuholen geht. In dem intensiv wirtschaftenden Belgien beispielsweise wurden auf einem Hektar 20 bis 27 Doppelzentner Brotgetreide und 211 Doppelzentner Kartoffeln geerntet, was ähnlich sah es in Dänemark, in den Niederlanden, ja auch in Deutschland aus. Eine Intensivierung der russischen Landwirtschaft wird Rußland zur reichsten Kornkammer der ganzen Welt machen.

Das ist, wie gesagt, nicht schon heute, sondern eben erst nach mindestens ein bis zwei Jahren möglich.

Was aber Rußland heute abzugeben hat, das sind Rohstoffe, nach denen die deutsche Industrie schreit. Die kleinen Ziffern der Rohstoffausfuhr aus Rußland vor dem Kriege geben über die Möglichkeiten gar keinen Begriff. Das sind vor allem Manganerze und Eisenerze in Cherson und Jekaterinostaw (nördlich des Schwarzen Meeres), Erdöl im Kaukasus, und Erze verschiedenster Art im Ural: Eisenerze, Kupfernerze, Zinn, Blei, Platin.

Diese Schätze gilt es zu heben und für die deutsche Industrie nutzbar zu machen. Aber wie? Rußland allein ist dazu kaum imstande. Es hat daher vor, einen Teil der Rohstoffgebiete zu Konzessionen ausländischer Kapitalisten zu machen. Bisher ist der Zuspätschub der Kapitalisten nicht allzu groß gewesen, sie fühlen sich in China oder in Argentinien wohler als in Sowjetrußland, das ihnen ganz bestimmte Bedingungen stellt, vor allem, was die Beschäftigung und die Rechte der Arbeiter anlangt.

Was aber die Kapitalisten nicht wollen und was keine bürger-



liche Regierung von ihren Kapitalisten verlangen kann, das muß das Proletariat versuchen selber durchzusetzen. Eine Arbeiterregierung wird im Einvernehmen mit Sowjetrußland die Mittel dazu finden. Dadurch wird für Sowjetrußland nicht nur die Möglichkeit geschaffen, zu einem sehr starken ökonomischen Faktor in der Welt zu werden, sondern dadurch schafft sich das deutsche Proletariat gleichzeitig eine Garantie gegen seine vollständige Verklüftung an das Ententekapital.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz wächst.

Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in der Schweiz ist auch im Januar 1922 nicht zum Stillstand gekommen: Wie die „Basler Nationalzeitung“ vom 13. Februar mitteilt, ist von Ende Dezember bis Ende Januar die Zahl der gänzlich Erwerbslosen von 89 000 auf 97 000, die Zahl der gänzlich und teilweise Erwerbslosen zusammen von 143 000 auf 146 000 angestiegen. Der Prozentsatz der Erwerbslosigkeit bei der schweizerischen Fabrikarbeiterschaft ist in diesen vier Wochen von 37,5 auf 38,3 Prozent gestiegen. Essindheutealso fast zwei Fünftel der gesamten schweizerischen Arbeitererschaft erwerbslos! Bemerkenswert ist dabei, daß das starke Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten nur zu einem geringen Teil auf die Saisonbeschäftigungen (Landwirtschaft, Gärtnereien, Baugewerbe) zurückzuführen ist, sehr stark ist sie vielmehr in der Metall- und Maschinenindustrie, im Handlungsgewerbe, in der Holzindustrie, im graphischen Gewerbe, in der Lebensmittel- und Genussmittelbranche angewachsen. Am schlimmsten steht es in Neuenburg, Solothurn und Basel. Hier kommen auf je 1000 Einwohner 100, 76 und 55 Arbeitslose. Unter Berücksichtigung der Familien ist so z. B. in Neuenburg mehr als ein Drittel der gesamten Einwohnerschaft von der Erwerbslosigkeit betroffen.

Krise in Italien verschlimmert sich.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die am 1. September 1921 470 542 betragen hat, stieg am 1. Oktober auf 473 216, am 1. November auf 492 363 und hatte am 1. Dezember die Höhe von 512 260 erreicht. Die Lage der Industrie ist sehr ungünstig gewesen. Besonders der Metallindustrie. Die anhaltenden Schwierigkeiten der beiden größten Montangesellschaften, der Ansaldo-Gruppe und des Iva-Konzerns, haben gegen Jahresende den Zusammenbruch der italienischen Diskontobank herbeigeführt. Von den Metallwerken arbeiten nur diejenigen, die Verträge mit den Staatsbahnen haben. Die deutsche Konkurrenz auf dem Gebiete der Metall- und chemischen Industrie, und der Tschechoslowakei in der keramischen und Glas-Industrie, erschwert jeden Versuch zur Hebung der italienischen Industrie. Im Laufe der ersten sechs Monate des Jahres 1921 wurden nur 302 000 Ballen Baumwolle verbraucht. Der Vorrat beträgt noch immer 180 750 Ballen. 50 Prozent der Seidenzwirnerereien arbeiteten Anfang Dezember nur drei Tage in der Woche.

während 30 Prozent ganz still standen. Die Papierindustrie hat ihre Erzeugung auf fast die Hälfte des Normalstandes einschränken müssen.

Diese Absatzkrise des italienischen Kapitals erklärt zum guten Teil die Politik Italiens. Sie erklärt, warum Italien bereits seit Monaten mit Sowjetrußland einen Handelsvertrag abgeschlossen hat und warum es heute den Plan des englischen Kapitals, Rußland durch ein internationales Finanzkonsortium auszubeuten, unterstützt. So ist das Interesse Italiens an einem möglichst schnellen Zustandekommen der Genueser Konferenz ebenso groß, wie das Englands.

Vierzigfache Friedenspreise.

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 5. Februar findet sich eine Übersicht über das Ansteigen der Index-Ziffern des Großhandels in Deutschland, die bis zum Anfang des Februars 1922 fortgesetzt ist. Die Entwicklung wird dargestellt durch folgende Ziffern:

	Lebens- und Genussmittel	Textilien Leder usw.	Mineralien (Kohle, Erz)	Ver-schiedene Waren	Gesamt-Index
Vorkriegszeit	1146	375	648	122	89
Januar 1920	100	100	100	100	100
Juli 1920	146	94	111	195	136
Januar 1921	154	97	121	189	143
Juli 1921	145	79	115	191	135
September 1921	211	96	125	193	164
November 1921	317	173	210	251	240
Januar 1922	384	241	260	364	317
Februar 1922	407	256	292	414	352

Aus der Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ geht hervor, daß die Preise im Großhandel am Anfang des Monats Februar 1922 im Durchschnitt 395,5 Prozent über den Friedenspreis standen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu:

„Damit haben die Großhandelspreise fast die vierzigfache Höhe der vor dem Kriege bezahlten erreicht. Berücksichtigt man, daß die Erhöhung der Frachten sich in den Preisen von Anfang Februar erst teilweise durchgesetzt hat und daß Mitte Februar die Brotvermehrung mit ihrer Rückwirkung auf die Löhne bevorsteht, so wird man kaum auf einen Stillstand der Aufwärtsbewegung des Preisniveaus rechnen dürfen.“

Die Kleinhandelspreise haben diese vierzigfache Steigerung noch nicht vollkommen mitgemacht, während beispielsweise die Großhandelsindexziffern für Lebensmittel (Erbsen, Reis, Schmalz, Eier, Kartoffeln, Zucker usw.) Anfang Februar auf 289 standen, betragen sie im Kleinhandel erst 264. Die Kleinhandelspreise haben aber die Tendenz, sich den Großhandelspreisen rasch anzugleichen, so daß in aller kürzester Zeit die Lebenshaltungskosten vierzigmal so hoch sein werden, als in Friedenszeiten. Dieser Preissteigerung steht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um bestenfalls das fünfzehnfache im Durchschnitt gegenüber. Sollte es den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht gelingen, schleunigst ihr Arbeitseinkommen zu steigern, so würde demnach der reale Wert der Löhne und Gehälter nur noch etwa dreißig Prozent der Reallohn der Vorkriegszeit betragen.

Chemikalienpreise.

Der „Industriekurier“ vom 17. Februar gibt eine Übersicht über die Preisentwicklung in der chemischen Industrie im abgelaufenen Jahr. Danach kosteten in Mark:

	Im Jan. 1921	Im Dez. 1921
Kupfervitriol	7,50	18,—
Zinkweiß	7,10	26,—
Boraxpulver	10,—	27,—
Salmiak (kristallisiert)	6,—	26,—
Schwefelnatrium	3,—	12,—
Aetzkali	6,—	23,—

Die Preise haben sich also im Verlauf der letzten 12 Monate teilweise um 300 bis 400 Prozent erhöht. Diese Entwicklung hat sich nach der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. Februar in den ersten Wochen des neuen Jahres in starkem Maße fortgesetzt. Boraxpulver ist beispielsweise bereits auf 32,— M. gestiegen.

Preise für Baumwolle und Garn.

Man zahlt im Großhandel für ein Kilogramm in Mark:

	12. 2. 1921	18. 2. 1922
Baumwolle	21,75	87,60
Garn	55,—	175,—
Gewebe (1 Meter)	7,—	21,50

Preise für Seide.

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 19. Februar finden sich Angaben über die Preisbewegung von Rohseide und Seidenstoffen innerhalb des letzten Jahres. Danach wurden in Mark für ein Kilogramm gezahlt:

	19. 2. 1921	12. 2. 1922
Orgazsin	950,—	5900,—
Grege	800,—	4800,—
Kunstseide	320,—	800,—

Wie diese Ziffern zeigen, sind die Preise für Seide in Deutschland in den letzten 12 Monaten auf das Vier- bis Sechsfache der Preise von Beginn des Jahres 1921 angewachsen.

Preise für Hülsenfrüchte.

Nicht minder stark als bei den aufgezählten Textilwaren und Chemikalien sind die Preise für Lebensmittel in die Höhe geklettert. Für Hülsenfrüchte ergibt sich folgende Entwicklung (in Mark für 1 Kilogramm):

	19. 2. 1921	11. 2. 1922	18. 2. 1922
Bohnen	1,60	6,90	7,50
Erbsen	2 bis 3,—	12,50	13,—
Linsen	4,—	16,—	20,—
Reis	4,—	14,50	15,—

Auch die bürgerliche Presse muß zugeben, daß mit einem Stillstand der Preisentwicklung nicht zu rechnen ist. Was ist die Ursache dieser Entwicklung? Die bürgerliche Presse hat darauf die Antwort sehr bald gefunden: die Faulheit der Arbeiter im allgemeinen, der Achtstundentag im besonderen, die Streiks in erster Linie und schließlich die Reparationslasten. Es ist richtig, daß die Produktivität in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit stark herabgemindert ist und der einzelne Arbeiter nicht entfernt das leisten kann, was er früher konnte. Der Grund dazu liegt jedoch in der Unterernährung der Arbeiter und mehr noch in der viel schlechteren technischen Beschaffenheit der Betriebe, vor allem aber an der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Eine Änderung wird erst eintreten, wenn die Arbeiterschaft sich eine Regierung nach ihren Interessen geschaffen und unter ihrer Kontrolle die Produktionsmittel in den Händen des Staates zusammengefaßt hat.

Die Auslandshilfe der Arbeiterklasse, eine Keimzelle sozialistischer Weltwirtschaft.

Von Jussuff (Berlin).

Es war im August 1921, als sich in Deutschland das Arbeiterkomitee zu bilden begann, da sagte eine wohl-bekannt Genossin, als die Rede auf die bekannten Beschul-digungen und höhnischen Auswürfe der bürgerlichen Dessen-schaft kam, daß die Sowjetregierung den Hunger verschuldet habe: „Wirklich, sie trauen unsern Volksgenossen viel zu, so-gar, daß sie schon mit der Sonne in einem Vertragsver-hältnis stehen sollten!“ So ironisch dieser Ausspruch war, so sehr sollte er doch jedem Arbeiter, jedem Sozialisten An-las zu ernstem Nachdenken geben.

Was kann die organisierte Menschheit gegen Natur-katastrophen tun? Wirklich gar nichts? Abgesehen von der Möglichkeit, durch die Wissenschaft das Herannahen solcher Katastrophen voranzusehen, wird sie das tun können, was heute noch völlig (oder doch so gut wie ganz) fehlt: sie wird von allen Seiten dem betroffenen Seiele zu Hilfe eilen. Was sehen wir dagegen bisher und noch heute selbst bei Naturkatastrophen kleineren Maßstabes? Die Hilfe setzt nur spät und mangelhaft ein und stets leidet die arbeitende und heillos Bevölkerung unerbittlich schwerer unter den Folgen der Katastrophe als die herrschende Klasse. Wo es sich aber um Heimsuchungen handelt von einer bezorgten Ansehung wie sie die Sowjetrepublik an der Wolga ge-troffen hat, da versagt in der heutigen kapitalistischen Welt-wirtschaft die Hilfe derer, die wirklich helfen können, fast vollkommen. Wir können sagen, völlig, wenn wir hören, wie der, von jedem Verdacht des Bolschewismus freie, große Menschenfreund Rausen, auf der zweiten internationalen bürgerlichen Genfer Hungerkonferenz Ende Januar 1922 feststellte: „Hätten mir die Regierungen im Sep-tember 1921 nur jenen Millionenbetrag gewährt, um den ich bat und der für sie alle zusammen eine geringfügige Summe darstellte, so bin ich sicher, ich hätte jene 19 Mil-lionen Menschenleben retten können, an deren Rettung ich heute verzweifeln muß.“ Und derselbe Rausen sagte, in seiner Rede vom 12. November 1921, die er auf der zweiten internationalen Konferenz des „Arbeitsamtes beim Völker-bund“ hielt: „Ist die Welt nicht irrsinnig? ... Ist zu wenig Getreide und Nahrung in der Welt, als Ganzes be-trachtet, vorhanden? Nein, nur wenige hundert Meilen von dem ostrussischen Mißerniegebiet entfernt lagern in Rumänien riesige Kornmengen, die allen genügen würden, den größten Teil der Hungernden zu retten; auf Monate vor dem Tode zu bewahren.“ ... „In gleicher Zeit werden in Argentinien die Solomoloden mit Weizen und Weizen geheizt, verkommen in den Vereinigten Staaten riesige Kornvorräte in den Lager-häusern, wegen der Unmöglichkeit, sie zu verkaufen. Von bürgerlicher und natürlich auch von sozialdemokratischer Seite wurde des öfteren der Sowjetregierung der Vorwurf ge-macht, nicht nur, daß sie durch das „unwürdige kommunistische System“ die russische Landwirtschaft in Grund und Boden gewirtschaftet habe“ (die beste Widerlegung dieses Arguments bietet die oben erwähnte Rede Rausens) sondern vor allem lagen diese Herrschaften, der Sowjetmachtbeherrschern sei es ja in Wirklichkeit gar nicht um die Rettung der hungernden Bevölkerung zu tun, denn sonst hätten sie es ja in der Hand durch Anerkennung der Schulden, durch Einführung von „geordneten Verhältnissen“, durch Neubestimmung der be-zwängelten Grundstücke von Treu und Glauben im Handel und Verkehr“ die gesamten großen Wirtschaftskräfte nicht nur der bürgerlichen Regierungen, sondern der gesamten internationalen Finanz- und Handelswelt den vollständigsten Gebieten zuzuführen. Und siehe da! Die Sowjetregierung hat sich zur Anerkennung der Forderungen grundständig bereit erklärt. Sie hat den internationalen Post-, Waren- und Handelsverkehr mit der gesamten kapitalistischen Welt nach Kräften aufzu-nehmen sich bemüht. Und — die Rettung für die Hungernden, für die Millionen unerschuldig Leidender bleibt dennoch aus! In Rußland selbst werden Tag und Nacht alle nur möglichen Anstrengungen gemacht, den Hungernden zu helfen; die Arbeiter und Angehörigen, die Soldaten der Roten Armee, ja selbst die Kinder tragen ihr letztes Stübchen bei.

Aber die Hilfe der Welt bleibt aus! Was bedeuten die 20 Millionen Dollar, die Dufosse von Getreidehändlern im Werte von 20 Millionen Dollar, die auf Zusammenkunft des Präsidenten Harding versprochen und zum Teil auch schon unterwegs sind? Es ist der Überfluß, der in ihrem Fett erwidenden Milliarden, der Ausbeuterklassen Amerikas. Und werden sie auch manchem russischen Bauern, manchem Arbeiter Sowjetrepublik das Leben retten — im Vergleich zu der Masse der Unter-nährten ist es ein Tropfen auf den heißen Stein. — Es ist gleichgültig ein eiserne, unzähliges Geschick, es ist das Wesen der kapitalistischen Weltwirtschaft, daß sie — zugehen persönlich noch so humane Männer sie auch da in ihr wirtet — außerstande ist, einem von Unglück betroffenen Teil ihrer selbst wachsam zu Hilfe zu eilen.

Dergegenüber stellt es verhältnismäßig eine monatliche Grobheit, und rein zahlensmäßig, eine geringfügige Leistung dar, was die internationale Arbeiterklasse in ihrer Auslandshilfe bisher versucht und begonnen hat. Der internationale Ge-werkschaftsbund in Amsterdam, der, möge er organisierten noch so ungeschicklich sein, doch immerhin nur die fremden Länder für Verfügung hat, erweist heute 40000 Rubel in dem besonders hart getroffenen Umanischen Gebiet. Und er hofft diese Zahl zu verdoppeln und zu verdreifachen; hat er doch bis heute erst zwei Lufttransporte mit Lebens-mitteln nach Archangelsk und Krasnodar abgefertigt. Das internationale Arbeiterkomitee, das alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei zur Solidarität mit Hilfe für die Arbeiter und Bauern der Sowjet-Republik aufgerufen hat, hat bisher durch seine Zentralstelle für den Westen — das „Auslandskomitee“ in Berlin — nicht weniger als 20 Trans-porte (ohne Abrechnung der Kosten) für die Arbeiter-

Tast 2 1/2 Milliarden Liebesgaben an die Agrarier.

Anlässlich der Debatte zum 6. Nachtrag zum Reichshaus-haltungsplan betraute unser Genosse Böll die schamlose Politik der Regierung, die Milliarden, insbesondere den Agrariern, hinstreift, den Arbeitern und Beamten aber nichts gibt. Die Großagrarier als die besten der Nation, die die Preise für Brot und Getreide in wahrstimmiger Höhe getrieben haben, wagt es erst kürzlich in Hannover wieder, von ihrem Liebes-wert zu reden. Diesen Edelheiten der Nation würde die Klasse vom Geiste gerissen.

Genosse Böll:

Auch der vorliegende Nachtrag beweißt, daß auch in Deutschland trotz allem gegenwärtigen Reichreicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Maschine ächzt und stöhnt, daß sich ihr immer neue Widerstände entgegenrücken und daß ihr Mechanismus trotz aller sozialer Quasialberceien nicht zum glatten Laufen zu bringen ist. Er zeigt ein weiteres Hinabsinken in den kapitalistischen Niedertum. Die „sozialen“ Quasialberceien und Schwindelmanöver, bei denen die Sozialdemokraten getreulich Zutritt leisten, sollte das Proletariat davon abhalten, radikal die notwendigen gesellschaftlichen und politischen Forderungen zu stellen, die es trotz allem in Zukunft noch ziehen muß. Das Nach-liebesgeschick wird die Gesellschaft genau so herunterbringen, wie das Kriegserlöb die Eisenbahnen auf den Hund gebracht hat. Doch auch dieses Schicksal ist jetzt noch gewahrt werden. Die Bourgeoisie hat ihre Furcht vor der sozialen Revolution über-wunden. Sie macht Schritt mit ihrer Lebensmittelverbilligungs-politik. Sie benutzt die Entente als Bauwan, um die Lebens-haltung der breiten Massen noch weiter gewalttätig herab-zudrücken.

Das Kernproblem der ganzen Frage ist die Erfüllungspolitik der Sozialdemokraten.

Die Außenpolitik der Regierung birgt naturgemäß ihren Reflex in einer verkehrten Innenpolitik gegen die Arbeiterklasse. Diese Erfüllungspolitik geht ausschließlich auf Kosten der breiten Massen des Proletariats. Herr Rathenau vertritt in Genes im Namen des Reiches die Salvanierung des Geldes, den Abbau der Lebensmittelzuschüsse und des Beamten-löhners, die Behebung der Defizite bei Post und Eisenbahn. Eine Auswirkung dieser Sparmaßnahme war der Eisenbahner-streit. Die Regierung zwang diese wichtige soziale Schicht ge-walttätig in den Streit. Sie nahm ihren Sklaven, denen sie so-gar den nackten Unterhalt verweigert, widerrechtlich das Recht der Notwehr. Und das täten alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten. Diese allerdings mit einem jesuitischen Hintertreiben. Aber ich frage sie vor ihrem Gewissen:

Wenn Ihre Sklaven nicht rebellieren sollen, so müssen Sie dafür sorgen, daß sie wenigstens nicht bei leben-digem Leibe verhungern.

Man hat die Eisenbahner mit jesuitischen Mitteln getäuscht, belogen und betrogen. Trotz allen gegenwärtigen Versuchen treibt man eine rachs- und schamlose Nahrungspolitik. Trotzdem mag es Herr Groener, eine neue Warnung an die Eisenbahner vor einem neuen Streik loszulassen. Dieses Mittel der Einschüchterung wird aber häufig versagen. Nicht aus Übermut magt erneut die Streikimmung, sondern auf Grund der scham-losen Nahrungspolitik der Eisenbahnverwaltung und ihrer hohen Beamten. Es ist notwendig, den Schwindel Groeners hier auf-zudecken. Seine Handgranatenentente haben sich als die Arbeit bezahlter Spitzel, die schon im März 1921 in Mitteldeutschland „erfolgreich“ tätig waren, erwiesen. Ebenso verlogen war der Versuch, den Kolwehrtampf der Eisenbahner als kommunistische Sache hinzustellen. Das Nachhabschblatt hat festgestellt, daß der sozialdemokratische Berliner Vizepräsident Richter das Stichwort zu einer Kommunistenpartei gegeben hat. Und die Reichs-tagsozialdemokraten rufen nicht von diesem Schreie man ab. In Hamburg hat man Richter's Kollegen Lücking, der ebenfalls Arbeiterische Methoden anwendet wollte, aus dem Bau-arbeiterverband ausgegeschlossen. Die Redebuden, auch die der Sozialdemokraten, auf die Lebnische Reichspartei als Kupfer-streifebendergarte charakterisierten sich selbst. Ebenso der Versuch, die streikenden Eisenbahner als gelbe Elemente hinzustellen. Diese handelten als ehrliche Arbeiter, während die Rungen vom A.D.A. eine wirkliche gelbe Politik betrieben. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die Regierung den Eisenbahnerstreik benutzt provozieren hat. Wenigstens zeigt dafür ein verächtliches Antwortschreiben des Reichsgerichtspräsidenten vom Dezember 1921, wonach bis zum 22. März 1922 mindestens 20 000 Eisenbahner „eingewickelt“ seien. Gleichzeitig wurde er-läut, daß jeder Antrag auf Kündigung der Entlassungsgesetzern und jede mündliche Beschwerde im Reichstag vollkommen wirk-los sei.

Dies ist der wahre Hintergrund von Groeners Re-gierungspolitik, die trotz des kaiserlichen Schwurwort getrieben wird.

Aus allen Teilen des Reiches erhalten wir Zuschriften, daß immer weiter Hungergeißelt wird. In Magdeburg schreien die man besonders Arbeiter, weil die Regierungserklärung nur von

Beamten spricht. Das ist echt Groenersche Interpretationskunst. Doch, bei den 20 000 Entlassungen soll es nicht bleiben. In neuen Entlassungen sollen weitere 50 000 Arbeiter aus der Arbeit werfen werden. Und die Zurückbleibenden sollen durch vermehrte Ausbeutung und längere Arbeitszeit die Arbeit der dem Hunger überantworteten umsonst mitleiden. Von einer Entlassung der reaktionären Oberbürokraten, deren Zahl ständig wächst, aber nicht ein Sterbenswort. Ebenso ist es im Postministerium. Auch hier ein Aberwintern der höheren Beamten, die nichts arbeiten, aber die Gehälter beziehen. Gespact wird nur bei den Arbeit-sblenden. Diese Überfüllung mit Oberbürokraten führt zu den schändlichen Überbereitungsversuchen des Postministeriums und zu den Untererschulungsfällen bei den Beamtinnen. Jede, die einmal ein uneheliches Kind gehabt hat, fliegt erbarmungslos auf die Straße. Genosse Böll führt eine Reihe von trassen Fällen an und schließt: „Staubkammer, niebertrücker- und unsozialer kann und möglich eine Verwaltung vorgehen. Und das geschieht in der her-zlichen sozialen Republik, von einem Kabinett, in dem die Sozial-demokraten bestimmenden Einfluß haben.“

Noch weit unerfreulicher ist die neue Nahrungspolitik der Regierung. Das Brot ist auf 14 Mark verteuert, und weitere gewaltige Preissteigerungen stehen unmittelbar bevor. Den breiten Massen zwingt man das verteuerte Brot auf, während man eine großzügige Liebesgabenpolitik für die Agrarier jodelt, 2,35 Milliarden für Maisverbilligung sollen den Agrariern wieder zugestanden werden.

Die bisherige Verbilligungspolitik der Regierung ging ebenfalls auf Kosten der Arbeiter. Alle Vorteile hatte das Kapital. Keine Löhne für die Arbeiter, Preisverfälle für das Kapital und gleich-zeitig eine schändliche Dumpingpolitik auf dem Weltmarkt. Die Kosten wurden aufgebracht durch Anziehen der Steuerkranke beim Proletariat und durch die Notendrucke, die ebenfalls ein auto-matisches Sinken der Kaufkraft der Löhne herbeiführte. Die Verbilligungspolitik entsprang der Furcht des Allgertums und der Sozialdemokratie vor der sozialen Revolution. Heute glaubt das Bürgertum sich stark genug, die letzten Kräfte lassen lassen zu können. Eine neue gewaltige Teuerungswelle im Lande ist un-aussprechlich, damit eine weitere Entwertung der Mark und eine wachsende Verelendung der breiten Massen. Das Unternehmertum weigert sich, einen Lohnausgleich für die Preissteigerung zu gewähren. So sinkt ständig die Lebenshaltung des Proletariats unauflöslich. Da wir jedoch bereits an der Hunger-grenze angelangt sind, sind gewalttätige Auseinandersetzungen un-ausweichlich. Ebenso schamlos ist der Kartoffelwucher.

In Groß-Lichterfelde forderte man 7,20 Mark für ein Pfund Kartoffeln.

Selbst der „Lokal-Anzeiger“ konstatiert, daß der deutsche Ge-treidepreis bedeutend über dem Weltmarktpreis steht. So schauzt Herr Hermes den Agrariern neue Preisverfälle zu durch seine Einfuhrverbote. Die Tagungen der Agrarier haben bewiesen, daß diese den Wucher auf die Spitze treiben wollen. Der Nach-tragsrat spiegelt den Willen der Reichsregierung wider, ledig-lich auf Kosten der Proletarier zu erfüllen. Und genau so handelt der Berliner Magistrat, handelt alle Gemeindefürsorge. Ein-stellung der Kulturpolitik, Beamten- und Arbeiterentlassungen, Versteigerungseinschränkungen usw. sind die Mittel zur „Spariankeit“. Ebenso ist es beim Wohnungsbau. Alle Lasten müssen die Werk-tätigen tragen. Hand in Hand geht ein erbitterter Kampf gegen den Aufstrebenden, auch in der Privatindustrie. Und ebenso muß man den Arbeitern und Beamten das Streikrecht zu rauben durch Organe der Klassenjustiz. Für ein Zwölftausendjahr wird offen Propaganda gemacht. Davon beteiligen sich auch die Demokraten. Die Herren von rechts mögen sich aber gefast sein lassen, daß die deutsche Arbeiterklasse jeden solchen Versuch, auch wenn die Ge-werkschaftsführer ihn mitmachen, mit allen Mitteln im Reime er-kräften wird. Bei Gelegenheit der Beipredung des Junigelats wird sich Gelegenheit bieten, in den Sozialist hincinzuleuchten, der sich in den deutschen Gerichten, besonders in den Potsdamer Gerichten, breitmacht. Offenkundige Wucher wie die Herren von Röhne werden regerrecht bestraft. Alle gezeichneten Dinge bilden jedoch nur den Hintergrund für die Erfüllungspolitik der Reichsregierung, die schließlich selbst die Grundlagen zerstören muß, auf denen sie beruht. Und zwar, weil sie nicht wagt, den einzig gangbaren Weg: die Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion und der Preise zu gehen. Keine bürgerliche Politik wird diesen Weg beschreiten. Das Proletariat aber, ge-reizt durch Elend und Hunger, wird allen Quasialberceien und trügerischen Machtsagen zum Trotz den Weg seiner Selbsterhaltung finden. Das Verhalten der Reichsozialisten in den letzten Wochen hat die sich zwischen den Arbeitern einfindende Brücke wieder jäh zertrümmert. Sie hat sich wiederum auf die Seite des Kapitalis genellt und vorübergehend noch einmal den Gedanken einer Arbeiterregierung, die allein sozial und proletarisch handeln kann, zum Scheitern gebracht. Doch dieser Gedanke ist eine ge-walttätige Notwendigkeit. Er wird sich immer mehr vertiefen und trotz Stämpfer und Hermann Müller seinen Siegeszug durch Deutschland und für das übrige Proletariat der Welt antreten. (Frage! f. d. Komm.)

Neuerscheinungen.

Die „Internationale“

Nr. 9 ist erschienen. Diese Nummer enthält u. a.: Von der Regierungskrise zur Führerkrise der USP. — Hermann Kemmele: Zwischen den Schlachten. — Dr. med. L. Klaber: Streit und Krankenversorgung. — A. Friedrich und Leonid: Genoa. — Auslandschronik.

Wer jetzt die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ für Monat März bestellt und bezahlt, erhält die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ für Monat Februar gratis geliefert. Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

Exemplar der täglich erscheinenden Zeitung
„Schlesische Arbeiter-Zeitung“
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Bezirk Schlesia
zum Preise von 9 Mk. monatlich bei freier Zustellung
ins Haus.
Name: _____
Ort: _____ Straße: _____
Diese Bestellungen bitten wir an die Expedition der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Section, Mühlentorstraße 43/50, im Ruwen 12
Dresden, mit 50 Pf. frankiert, einzubringen.